

ÜBERSICHT

IN EIGENER SACHE

1. Dokumentation und Fotos vom 25. Jubiläum des FPR im Brandenburger Landtag am 8. September 2017
2. Brandenburgische Frauenwoche 2018 mit dem Motto „Selber Schuld“
3. Landesweite Brottütenaktion: „Gewalt kommt nicht in die Tüte“
4. Vortrag und Workshop: Sexismus im Alltag. Was ist das – und was ist das Problem?

AKTUELLES

5. Stimmen zur Bundestagswahl: Mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen im neu gewählten Bundestag
6. Studie: Neue Erkenntnisse zum Gender Pension Gap
7. Interview: Sexistische Werbung stoppen, Bremen zeigt, wie das geht!

VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

1. Dokumentation und Fotos vom 25. Jubiläum des FPR im Brandenburger Landtag am 8. September 2017

Am 8. September haben wir gemeinsam mit der Landtagspräsidentin Britta Stark zum 25. Jubiläum des FPR in den Brandenburgischen Landtag eingeladen. Wir freuen uns, dass unserer Einladung so viele gefolgt sind!

Ab jetzt sind die Dokumentation der Veranstaltung und die Fotos online. Viel Spaß beim Lesen und Schauen.

Großer Dank geht an die Landtagspräsidentin Britta Stark und an die frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen: Ina Muhß, Diana Bader, Kristy Augustin und Ursula Nonnemacher!

Die Dokumentation und Fotos finden Sie [hier](#).

2. Brandenburgische Frauenwoche 2018 mit dem Motto „Selber Schuld“

Frauen und Mädchen wird oftmals vorgeworfen, dass sie selbst schuld sind an ihren Benachteiligungen. So hört frau oft Sätze wie:

- „Frauen können einfach nicht so gut verhandeln.“ (Lohnungleichheit)
- „Warum musste sie auch einen so kurzen Rock tragen?“ (Gewalt)
- „Frauen müssen ja nicht Altenpflegerin oder Erzieherin werden, sie könnten auch einen Beruf mit besseren Gehältern ergreifen.“ (schlecht entlohnte Sorgearbeit)
- „Wäre sie wegen der Kinder nicht zu Hause geblieben oder in Teilzeit gegangen.“ (Altersarmut)
- „Frauen entscheiden sich viel zu oft für die Familie und nicht für die Karriere.“ (Führungspositionen)
- „Frauen interessieren sich nicht so für Politik.“ (Parität in der Politik)

Das Motto der Brandenburgischen Frauenwoche 2018 „Selber Schuld“ ruft dazu auf, sich gegen diese individualisierten Schuldzuweisungen zu wenden. Vielmehr sind es strukturelle Diskriminierungen, die z.B. Altersarmut begünstigen, Frauen und Mädchen von politischen Mandaten fernhalten oder traditionelle Geschlechterrollen aufrechterhalten. Wir wollen gemeinsam mit anderen Aktiven in Brandenburg gesellschaftliche Probleme als solche begreifen und verändern. Dabei geht es auch um Überlagerungen verschiedener Formen von Ungleichheit. Für deren Abbau setzen wir uns ein.

Woran Frauen im positiven Sinne wirklich selbst schuld sind, das sind die Rechte, die sie gemeinsam erstritten haben: Vor 100 Jahren wurde das Frauenwahlrecht in Deutschland endlich Realität. Wir erinnern daran, dass dieser Meilenstein ein Ergebnis hartnäckigen Protests von Frauen war. Auch sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung sind eine wichtige

Errungenschaft. Frauen erkämpften, dass Vergewaltigung in der Ehe eine Straftat ist! Frauenhäuser sind letztlich Verdienste des Feminismus und der Frauen, die sich jahrzehntelang in der Politik und Zivilgesellschaft dafür eingesetzt haben. An diese Erfolge wollen wir mit dieser Frauenwoche anknüpfen.

Die Erfolge sollen auch Mut machen, sich gegen die heutigen geschlechtsspezifischen Diskriminierungen zu wehren und sich mit Mädchen und Frauen in ihrer Vielfalt zu solidarisieren, sich gegenseitig zu unterstützen, sowie klare Forderungen zu stellen und gemeinsam durchzusetzen.

Die Kernzeit der 28. Brandenburgischen Frauenwoche ist vom 01. März bis zum 14. März 2018 und schließt den Weltgebetstag sowie den 08. März 2018, den Internationalen Frauen*kampftag, mit ein. Die landesweite Auftaktveranstaltung wird am 01. März 2018 in Potsdam stattfinden.

Laden Sie sich [hier](#) die Handreichung der 28. Brandenburgischen Frauenwoche herunter.

Für alle Antragssteller*innen gibt es [hier](#) das Merkblatt zur Förderung der 28. BFW. Bitte beachten Sie die Antragsfrist: 15. November 2017! Wir freuen uns über vielfältige und mutige Projektanträge und stehen für Rückfragen zum Motto jeder Zeit gern zur Verfügung!

Alle aktuellen Infos zur Brandenburgischen Frauenwoche finden Sie wie immer auf der Homepage des FPR unter diesem [Link](#).

3. Landesweite Brottütenaktion: „Gewalt kommt nicht in die Tüte“

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2017, verteilen Bäckereien im ganzen Land Brandenburg öffentlichkeitswirksam 250.000 Brottüten, um über medizinische Soforthilfe und vertrauliche Spurensicherung nach einer Vergewaltigung zu informieren und die Frauenhäuser und Beratungsstellen im Land in die Öffentlichkeit bringen.

Die Brottütenaktion unter dem Motto "Gewalt kommt nicht in die Tüte" wird landesweit in der Woche vom 20.-26. November stattfinden. In diesem Zeitraum werden mehr als 150 Bäckereien im ganzen Land die extra angefertigten Brottüten für das Verpacken ihrer Waren nutzen, die mit einem speziellen Aufdruck über das Hilfsangebot nach einer Vergewaltigung im Land Brandenburg informieren. Damit sollen die Kliniken, die diese anonyme Spurensicherung anbieten, bekannt gemacht werden. Weitere Informationen zu dem Projekt gibt es auf dieser Website:

<https://www.hilfe-nach-vergewaltigung-brandenburg.de>

Außerdem werden auf der Brottüte auch die Kontaktmöglichkeiten von Frauenhäusern und von Beratungsstellen beworben.

Heiderose Geber, Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.: „13% der Frauen in Brandenburg gehören zu den Betroffenen von verschiedenen Formen sexualisierter Gewalt, jedoch meldet nur jede 7. von ihnen dies auch polizeilich. Hier ist also Aufklärung notwendig.“

Für die Brottütenaktion kooperiert der Frauenpolitische Rat Brandenburg e.V. mit dem Landesverband der Bäckereien und Konditoreien Berlin-Brandenburg, der Opferhilfe Land Brandenburg e.V., der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg und dem Netzwerk der Brandenburgischen Frauenhäuser.

Viele Bäckereien haben sich bereit erklärt uns zu unterstützen und für dieses wichtige Anliegen einzutreten. Wir hoffen, dass die Brottütenaktion große mediale Aufmerksamkeit erhält, um eine hohe Reichweite zu erzielen. Daher würden wir uns freuen, wenn Sie die Aktionswoche mit einem Bericht begleiten könnten.

Dieser Text stammt aus einer Pressemitteilung, die Sie [hier](#) ansehen und gerne weiterleiten können.

4. Vortrag und Workshop: Sexismus im Alltag. Was ist das – und was ist das Problem?

Was ist eigentlich Sexismus? Das Thema war in den letzten Jahren immer wieder in der Debatte. Vor allem für jüngere Frauen ist das das zentrale Thema, über das sie sich empören und nach Möglichkeiten suchen dagegen anzugehen: sei es zum Beispiel in Bezug auf „sexistische Werbung“ oder in Bezug auf sexuelle Übergriffe, wie in der sogenannten „#Aufschrei Debatte.“ Auch der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg bekam im März unerwartete mediale Aufmerksamkeit, als er sich in einem Blogbeitrag zu Pissoirs in Mundform geäußert hatte: www.frauenpolitischer-rat.de/geschmack-klos.

Der Begriff vereint unterschiedliche Probleme und Formen von Diskriminierung – und oft genug ist unklar, was das spezifisch „sexistische“ nun eigentlich ausmacht. Manche sagen: da müsse Frau doch drüberstehen. Andere sind der Meinung, dass auch die kleinen Handlungen zählen. Letztere Position ist, wie vor allem den lokalen Medien und Kommentarspalten zu entnehmen ist, nicht besonders beliebt.

Wir wollen dem nachgehen und genauer fragen: Was bedeutet das Thema für uns und wie können wir uns gemeinsam dagegenstellen? Für uns ist es wichtig, gemeinsam mit allen Interessierten in die Diskussion zu kommen um nach gemeinsamen Positionen und Bestimmungen zu suchen, aber auch um zu besprechen, wie man nach innen und außen diese (im Zweifelsfall auch unbeliebten) Positionen am besten vertreten kann.

Sophia Ermert (Magister in Philosophie und Gender Studies) und **Anna Kasten** (Diplom Sozialarbeit/Sozialpädagogik) werden nach ihrem Vortrag den Workshop begleiten.

Die Teilnahme ist kostenlos

Wann: Samstag, 14.10.2017, 13:30 – 15:00 Uhr

Wo: Bürgerhaus Sternzeichen, Galileistr. 37-39, 14480 Potsdam

Diese Veranstaltung wird gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen, Gesundheit und Familie.

5. Bundestagswahl: Mehr als doppelt so viele Männer wie Frauen im neu gewählten Bundestag

Nur rund 31 Prozent der Sitze werden im neu gewählten Bundestag von weiblichen Abgeordneten eingenommen – ein Rückgang von über fünf Prozent. Damit fällt der Anteil der Frauen im Parlament auf den Stand von vor 20 Jahren zurück. Die Forderung nach Parität ist für uns also aktueller denn je, wie auch der Deutsche Frauenrat und der Deutsche Juristinnenbund erklären:

Der **Deutsche Frauenrat** ist durch den Ausgang der Bundestagswahlen in dreifacher Hinsicht alarmiert, hier die Pressemitteilung des Deutschen Frauenrats:

„Mona Küppers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, am Tag nach der Wahl: „Der Einzug von fast hundert RechtspopulistInnen in den Deutschen Bundestag ist eine Provokation für unsere Demokratie. Gemeinsam müssen wir uns ihnen entgegenstellen und streitbar unsere Grundwerte verteidigen.“

[...] Die Jamaika-Koalition, die aktuell gehandelt wird, verheißt zumindest nach Analyse der Wahlprogramme und -versprechungen für eine zukünftige Frauen- und Geschlechterpolitik der neuen Bundesregierung wenig Gutes.

„In Sachen Entgeltgleichheit, Geschlechterquote und Ehegattensplitting befürchten wir Stillstand, wenn nicht gar Rückschritte. Auch Themen wie Familienarbeitszeit und Gewaltschutz haben aktuell wenig Perspektive. Wir sind politisch auf vier harte Jahre eingestellt und setzen auf eine starke frauenpolitische Opposition außerhalb des Bundestags,“ so Mona Küppers.“

[Quelle](#)

Angesichts des gesunkenen Frauenanteils im Bundestag nach der Bundestagswahl fordert die neu gewählte Präsidentin des **Deutschen Juristinnenbundes e.V.** (djb) Prof. Dr. Maria Wersig in einer Pressemitteilung des djb "ein Nachdenken über Änderungen des Parteienrechts".

[...] Betrachtet man die einzelnen Bundestagsfraktionen, so fallen von den bislang im Bundestag vertretenen Parteien besonders CDU/CSU auf: Bei ihnen ist der Frauenanteil auf unter 20 Prozent gesunken. Den höchsten Männeranteil haben die Neuzugänge AfD (88,3 Prozent) und FDP (77,5 Prozent). Lediglich solche Parteien, die sich von vornherein per Satzungsrecht zur Quotierung ihrer Wahllisten verpflichtet haben, erreichen ein angemessenes Verhältnis von Frauen und Männern in ihren Fraktionen. So die SPD, die ihre 40 Prozent-Frauenquote leicht übertrifft und auf 41,8 Prozent Frauen kommt. Bündnis 90/Die Grünen erreichen einen Frauenanteil von 58,2 Prozent, die Linke kommt auf 53,6 Prozent.

"Das Absinken des Frauenanteils um fast 6 Prozent lässt sich keineswegs damit rechtfertigen", so Prof. Dr. Wersig, "dass damit nur die Frauenanteile in den Parteien widergespiegelt würden. Der Erfolg von Frauenquoten im Satzungsrecht politischer Parteien belegt, dass niedrige Frauenanteile auch damit zu tun haben, dass männerdominierte Parteien qualifizierten Frauen

keine Anreize zur politischen Arbeit bieten und ihnen keine adäquaten Betätigungsmöglichkeiten eröffnen." Damit widerspricht sie der im Vorfeld der Wahl geäußerten Behauptung, dass der Maßstab eines zu geringen Frauenanteils in Parlamenten die Zahl der weiblichen Mitglieder in diesen Parteien zu sein habe. Der Maßstab, der hier anzulegen ist, ist und bleibt der Anteil von Frauen in der Bevölkerung.

"Letztlich behaupten doch diejenigen, für die der Maßstab eines vertretbaren Frauenanteils im Bundestag das derzeitige Verhältnis der weiblichen und männlichen Mitglieder in den Parteien ist, dass die Frauen selbst daran schuld seien, wenn ihr Anteil in den Volksvertretungen so gering ist", sagte Prof. Dr. Wersig. "Dem ist zu widersprechen. Die politischen Parteien müssen nicht nur um Wählerinnen werben, sondern auch um Kandidatinnen für politische Ämter.

Parteien haben die demokratische Verantwortung, Frauen und Männer gleichermaßen die Chance einzuräumen, politische Ämter zu bekleiden. Auch gegen bisherige Männermehrheiten. Gut die Hälfte der im Bundestag nunmehr vertretenen Parteien hat hier leider versagt." Prof. Dr. Maria Wersig schließt mit den Worten: "Für die Frauen in Deutschland war dieser Wahlsonntag unter mehreren Aspekten ein besonders schwarzer Tag."

[Quelle](#)

6. Studie: Neue Erkenntnisse zum Gender Pension Gap

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat neue Ergebnisse zum sogenannten Gender Pension Gap eröffnet. So wie der Gender Pay Gap die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern bemisst, verdeutlicht der Gender Pension Gap also die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in der Rente. Laut DIW lagen die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Höhe der Renten im Jahr 2014 bei 42 Prozent in Westdeutschland und 23 Prozent in Ostdeutschland:

„Es gibt mehrere Gründe für diese geschlechtsspezifische Rentenlücke: die bestehende Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, das niedrigere Bildungsniveau von Frauen in älteren Geburtskohorten, die niedrigere Erwerbsquote, geringere Arbeitszeiten und familienbedingte Erwerbsunterbrechungen von Frauen sowie Jobs in schlechter bezahlten Branchen.“

Der Unterschied zwischen Ost und West liegt einerseits an der weit höheren Vollzeitbeschäftigung der Frauen aus dem Osten und andererseits daran, dass hier auch der Gender Pay Gap vergleichsweise gering ist. Dass die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Ostdeutschland kleiner ist, liegt aber vor allem daran, dass die Männer im Osten so wenig verdienen wie die Frauen im Westen.

Um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen und den Gender Pension Gap zu verkleinern, schlagen die Autor_innen vor bessere Kinderbetreuungsangebote anzubieten. Außerdem müsse sich die Politik weiter für eine institutionelle Gleichstellung von Männern und Frauen einsetzen sowie das Ziel der Lohngerechtigkeit weiterverfolgen.“

Den Bericht finden Sie [hier](#).

In dem Bericht wird auch deutlich, dass Rentenpunkte auf Erziehungszeiten die Rentenlücke nur leicht verringern. Dazu finden Sie [hier](#) ein Interview mit Christian Westermeier.

Perspektivisch werden die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Rente voraussichtlich kleiner werden: „Während in der Kriegskohorte der 1936 bis 1945 Geborenen der so genannte Gender-Pension-Gap noch 56 Prozent in West- und 34 Prozent in Ostdeutschland beträgt, wird er sich [...] bei der Kohorte der 1966 bis 1970 Geborenen auf 43 beziehungsweise 18 Prozent reduzieren. Mitverantwortlich für diesen Trend ist, dass Männer im Kohortenvergleich kürzere Phasen ihres Erwerbslebens in Vollzeit arbeiten werden. Bei westdeutschen Frauen dagegen ist eine starke Zunahme von Teilzeitbeschäftigung bei gleichzeitigem Rückgang von Phasen der Hausfrauentätigkeit zu beobachten. Aber auch ostdeutsche Frauen werden in zunehmenden Maße Teilzeittätigkeiten aufnehmen. Allerdings weisen sie längere Phasen von Vollzeiterwerbstätigkeit auf und weichen damit weiterhin von westdeutschen Frauen ab.“

Mehr dazu lesen [hier](#).

7. Interview: Sexistische Werbung stoppen, Bremen, zeigt wie das geht!

Im Interview mit dem Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. erklärt Ulrika Hauffe, wie sexistische Werbung in Bremen gestoppt wird:

„Bremen hat im Frühjahr 2017 als erstes Bundesland ein Beschwerdeverfahren gegen sexistische Werbung auf öffentlichen Flächen installiert. Wenn nun eine Bürgerin oder ein Bürger ein Werbemotiv sieht, das sie oder er als sexistisch empfindet und sich beschwert, gibt die ZGF [Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau] entlang der Grundsätze gegen Herabwürdigung und Diskriminierung des Deutschen Werberats eine Einschätzung darüber ab, ob sie die Beschwerde teilt. Daraufhin kann die für Werbung zuständige Baubehörde das Motiv abhängen lassen, wenn es auf einer öffentlichen Werbefläche hängt. Das Neue daran ist, dass anstößige Werbemotive tatsächlich verschwinden können. Bisher gab es nur die Möglichkeit der Beschwerde beim Deutschen Werberat, der dann ein Unternehmen rügt – oder aber meistens auch nicht. Bis das geschieht, ist die Werbekampagne in der Öffentlichkeit aber oftmals schon lang präsent. In Bremen können wir jetzt sofort einschreiten.“

[Hier](#) lesen Sie das komplette Interview.

VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

Viele spannende **Veranstaltungen** im Raum Brandenburg (und manchmal auch Berlin) finden Sie wie immer auf unserer [Webseite](#). Auf die Veranstaltungen unserer Mitgliedsorganisationen und Kooperationspartner_innen weisen wir hier kurz hin. Für mehr Informationen einfach anklicken

[WANDERAUSSTELLUNG:](#) Kompetent, zuverlässig, engagiert im Beruf – Alleinerziehende in Brandenburg, vom 21.09.-20.10.2017 in Potsdam

FACHTAG: Lieber gemeinsam – Ältere Lesben in Brandenburg, am 11.10.2017 in Potsdam

KDFB CLUBABEND: Im Sinne der Anklage? Die letzten Schritte auf dem Weg zu einem Urteil im NSU-Prozess, am 12.10.2017 in Potsdam

VORTRAG BEIM DJB: Digitalisierung der Arbeitswelt 4.0, am 16.10.2017 in Potsdam

POLITIKMESSE FÜR FRAUEN: Frauen Macht Dahme-Spreewald, am 18.11.2017 in Königs Wusterhausen

Bis zur nächsten Ausgabe der FPRmail wünscht Ihnen der Frauenpolitische Rat schöne Herbsttage!

[Eine Initiative von Aktivist innen gegen die AfD hat 50 Videos gedreht und in den sozialen Medien veröffentlicht.](#)

#FrauengegendieAfD

Falls Sie aus der Mailingliste von FPRmail gestrichen werden wollen, teilen Sie uns dies bitte per Mail mit. Wir freuen uns natürlich auch über jede/n, die/der sich neu darauf registrieren lassen will.

IMPRESSUM

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 01. November 2017

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Zusammenschluss von 22 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

Verantwortlich: Verena Letsch

Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam

Fon: 0331 – 280 35 81,

Mail : kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Web : www.frauenpolitischer-rat.de

Besuchen Sie uns auch auf [Facebook!](#)

